



Bern, 25. Juni 2015

Adressaten:

die politischen Parteien  
die Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete  
die Dachverbände der Wirtschaft  
die interessierten Kreise

**Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im  
Bildungsraum Schweiz (Bildungszusammenarbeitsgesetz, BiZG);  
Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat das WBF beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Die Vernehmlassung dauert bis zum **15. Oktober 2015**.

Mit dem titelerwähnten Erlass wird dem Bundesrat das Recht eingeräumt, mit den Kantonen im Rahmen der Zusammenarbeit und der Koordination im Bildungsbereich eine Vereinbarung abzuschliessen. Damit sollen die hohe Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraumes im Sinne der Verfassung gefördert und eine faktenbasierte und kohärente Bildungspolitik ermöglicht werden. Auf Basis des neuen Erlasses soll die Fortführung bereits seit Jahren bestehender gemeinsamer Vorhaben von Bund und Kantonen im Sinne von Artikel 61a Absatz 1 der Bundesverfassung, wie etwa das Schweizer Bildungsmonitoring, gewährleistet und koordiniert werden. Das BiZG soll das befristete Bundesgesetz über Beiträge an gemeinsame Projekte von Bund und Kantonen zur Steuerung des Bildungsraumes Schweiz (SR 410.1) ablösen.

Der Erlass greift nicht in die verfassungsmässigen Kompetenzen von Bund und Kantonen ein. Das BiZG bringt weder neue Aufgabenzuteilungen noch neue Regulierungen. Das BiZG konkretisiert einzig, wie der Bund seine Koordinationspflicht mit den Kantonen wahrnehmen will: gestützt auf eine Zusammenarbeitsvereinbarung. Der vorliegende Erlass soll bestehende Spezialerlasse nicht ersetzen. So werden beispielsweise Aufgaben, die im Geltungsbereich des neuen Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG), des Berufsbildungsgesetzes (BBG) oder des Weiterbildungsgesetzes (WeBiG) liegen, nicht tangiert.

Sie finden den *Gesetzesentwurf* mit dem *erläuternden Bericht* auf der Homepage des Staatssekretariats für Bildung und Forschung und Innovation SBFI unter [www.sbf.admin.ch/bizg](http://www.sbf.admin.ch/bizg) mit weiteren ergänzenden Informationen. Selbstverständlich können wir Ihnen diese Dokumente auf Wunsch auch per Briefpost zustellen.



Wir sind bestrebt, die Dokumente im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG; SR 151.3) barrierefrei zu publizieren. Wir ersuchen Sie daher, Ihre Stellungnahmen wenn möglich elektronisch (**bitte nebst einer PDF-Version auch eine Word-Version**) innert der Vernehmlassungsfrist an folgende E-Mail-Adresse zu senden:

[vernehmlassungen-BIZ@sbfi.admin.ch](mailto:vernehmlassungen-BIZ@sbfi.admin.ch), oder per Briefpost an das

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI  
Abteilung Bildungszusammenarbeit  
Einsteinstrasse 2  
3003 Bern

Wir bedanken uns für Ihre Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung

Johann N. Schneider-Ammann  
Bundesrat

Beilagen:

- Vernehmlassungsentwurf und erläuternder Bericht
- Liste der Vernehmlassungsadressaten